



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

245 (31.5.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-368686](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-368686)

Neue Mannheimer Zeitung

10 2

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 249 11
Postfach-Nr. 101; Adressen-Nr. 173-90. — Telegramm-Adresse: Romagelt Mannheim

Abdruckpreis: Der Anzeiger 1920. — 40 die 72 mm breite Einzelzeile; im Restdruck 1920. 200 die 72 mm breite Zeile. Für im voraus zu bezahlende Bestellen u. Einzelbestellungen besondere Preise. Abgabe nach Tarif. — Druckerlohn 10%. — Für das Drucken von Anzeigen in bestimmten Rubriken, an bestimmten Plätzen und für besondere Aufträge keine Gewähr. — Geschäftsstand Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Dienstag, 31. Mai 1932

143. Jahrgang — Nr. 245

Auf dem Wege zum prinzipiellen Kurswechsel

Ein neuer Kanzler ist bis zur Stunde nicht gefunden — Die Nationalsozialisten verlangen Neuwahlen — Das Zentrum ist schwer verstimmt

Wo ist der neue Mann?

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 30. Mai.

Bereits wenige Stunden nach der Demission des bisherigen Kanzlers haben die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung eingesetzt. Sie begannen mit einer Reihe von Empfängen, die der Reichspräsident in seinem Palais abhielt. Als erster sprach um die letzte Stunde der Reichstagspräsident Goebbels vor. Die ihm erdichtete Herr von Hindenburg die Frage des Aufnahmestritts des Reichstages, aber die Zeit der Reichstagsarbeiten befindet sich. Man nimmt an, daß der Reichstag einberufen werden wird, sobald ein neuer Kanzler sich konstituiert hat. Offenbar glaubt man, daß der Reichstag sich zur kommenden Regierung vorzeitig abzuwenden verhalten wird. Will man auf verfassungsmäßiger Grundlage regieren, so muß für eine Mehrheit im Reichstag haben, die natürlich nach Rechts hin verlagert sein wird. Schon jetzt sind in diesem Zusammenhang einige

Die Haltung der Nationalsozialisten
wichtig. Kommt ein parteipolitisch nicht gebundenes Kabinett zustande, an dem sie nicht beteiligt sind, so muß sich zeigen, ob auf eine Tolerierung durch die Nationalsozialisten zu rechnen ist. Bisher haben die Nationalsozialisten je Reiz erklärt, daß sie nur eine Aulösung des Reichstages die Wahl im Reich nicht übernehmen wollen, und daß sie ihrer Regierung unterstützen werden, die nicht „ihre Regierung“ ist. Aus den ersten Reaktionen im „Kampf“ müßte man schließen, daß sie an diesem Punkte auf die Staatsführung in vollem Umfang festhalten.

Stellen die Nationalsozialisten bei ihrer Abweisung einer rechtsgerichteten, parteilosen und gebundenen Regierung befehle zur Seite zu stehen, so wird sich der Reichspräsident vor die Entscheidung gestellt sehen, ob er dem neuen Mann, den noch niemand kennt, die Aufstellungsbefehle erteilen wird.

Das Ergebnis kann nach den Wahlen in Preußen mit anderen Ländern nicht zweifelhaft sein.

Auf die Unterbrechung eines mit dem Reichspräsidenten folgenden kann die Empfehlung der Parteien nicht. Die Sozialdemokraten, die durch die Koalition mit Weis und Brüning vertreten waren, erholten sich als härteste Reichstagsopposition. In die Hand Hitler persönlich in Begleitung zum Reichspräsidenten Goebbels. Heute vermittelte werden die Vertreter des Zentrums, der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei. Am Nachmittag wird sich mit der Staatspartei der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei der Reichstag konstituieren.

Was wird diesen Parteiführernempfehlungen natürlich keine besondere Bedeutung beizumessen haben. Der von Hindenburg will, indem er nach den ältesten, anerkannten Regeln verfährt, offenbar wohl nur der Zeit genügen.

Es ist nach Lage der Dinge klar, daß ein Parteipolitiker als Leiter des künftigen Kabinetts gar nicht in Frage kommt, indem eine Persönlichkeit beauftragt werden wird, von der der Reichspräsident glaubt, daß sie kompetent und befähigt ist, nach den Möglichkeiten zu regieren. Die für die Zukunft bestimmend sein werden. Wenn ein Kanzler gefunden wird, so wird die Presse seiner in unerschütterlicher Geduld gewähren, bis er die Gelegenheit hat, sich in einem öffentlichen Vortrag abgemeldet haben, hat man

den nächsten Zeitpunkt ruhiger Zeitpunkte wenigstens vorläufig ansetzt. Nur ganz vereinzelt wird die Persönlichkeit Brünings gewürdigt. Die Mehrheit der Wähler beugt sich, seine Fähigkeit während der zwei Jahre, in denen er die Geschicke des Reiches lenkte, im Hinterdenken zu fragen, wobei die „D.A.P.“ seine Wiederkehr in die Reichsregierung in nicht zu ferne Zeit für wahrscheinlich hält. Sämtliche Betrachtungen der Berliner Wähler aber werden befristet von

der dringenden Frage nach der zukünftigen Gestaltung der Dinge.

Die letzte spärlich auf denen, die den Rücktritt der Regierung Brüning herbeigeführt und seit Wochen betrieben haben und die nun schneller als erwartet gedacht und geschäft, die bisherige Opposition vor die Notwendigkeit positiver Entschlüsse gestellt haben. Der Sturz Brünings bedeutet so gewissermaßen ein Neuanfang der Reichsregierung, als er nicht durch das Parlament veranlaßt wurde, sondern

die Folge einer grundsätzlichen Meinungsänderung des Reichspräsidenten und des Kanzlers über die Methoden und die Ziele der Regierungspolitik ist.

Ein Sprung ins Dunkle

Man hat noch keinen neuen Kanzler, sondern sucht ihn erst

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 31. Mai.

Man hätte ja eigentlich annehmen müssen, daß von den Kreisen, die das Kabinett Brüning vierzehn Tage vor Auflösung aus dem Sattel hoben, Vorläufe dafür getroffen worden sind, daß kein Vacuum entsteht, sondern die zu Fall gebrachte Regierung sofort durch eine neue abgelöst werden würde. Jetzt stellt sich heraus, daß man sich offenbar bedenklich unvorsichtig in das Abenteuer dieser Artie gelüftet hat.

Bei den Vorbereitungen für die Befestigung des Kabinetts Brüning ist man mit der größten Sorgfalt verfahren. Sehr viel weniger Gedanken scheint man sich über das Nachher gemacht zu haben.

Oder sollte die Idee, die man der Regierung Brüning legte, etwas positiv lösungsgehaltener sein? Nach der „D.A.P.“ soll es in der Tat nicht in der Absicht des Reichspräsidenten gelegen haben, nach seiner Rückkehr aus dem Reich zum sofortigen Rücktritt zu veranlassen. Er wollte vielmehr ursprünglich den Reichspräsidenten die Kaufmann-Konferenz durchzuführen lassen und wünschte nur nach dieser Konferenz eine erhebliche Umgestaltung dieses Kabinetts, mit dem Ziel härterer Durchführung der Volkswirtschaft der Weimarer Republik aber dabei das Präzedenz gesetzt.

Diese Darstellung kommt nach unserer Kenntnis der Wahrheit sehr nahe. Und es dürfte einigermaßen verwunderlich, daß die Drogenblätter, die ähnlich andeuteten, dem Kanzler und seinen Ministern die Schuld an dieser den Kreislauf unermesslich schnell erfüllten ihrer Selbstzerstörung zuschreiben.

Der „Kampfring“ behauptet, Herr Brüning liege nicht auf dem Verstande des Reichspräsidenten, sondern des Kabinetts, und zwar derjenigen Minister, die sich für eine Umgestaltung keine Mühe mehr gemacht haben würden.

Ob man sich wirklich eingelassen, Dr. Brüning werde mit einem Kabinett hinter sich in die Verhandlungen von Kaufmann gehen? Die „Germania“, die nach allen Anzeichen der Zentrumspartei kein Sterbenswörtchen über die künftige Haltung des Zentrums verlor, läßt, spricht von einem Sprung ins Dunkle, bei dem man nicht wisse, ob der Fall auch einen sicheren Boden erreichen werde. Nebenbei: man sucht erst nach einem Kanzler, noch hat man ihn nicht. Neher mit dem Parteiführern ist der Reichspräsident noch mit seinen für die Regierungsbildung etwa in Frage kommenden Persönlichkeiten in Verbindung getreten.

weder mit dem Reichspräsidenten noch mit dem Reichspräsidenten, sondern mit dem Reichspräsidenten, dem Grafen Helldorf, Herrn Goerdeler oder anderen in diesem Zusammenhang genannten Persönlichkeiten. In der Umgestaltung des Reichspräsidenten hofft man, daß am Mittwoch oder Donnerstag das Mandat zur Neubildung der Regierung vergeben und das neue Kabinett dann in kurzer Zeit konstituiert sein werde. Offenbar läßt man sich in diesen Erwartungen nicht.

Von den gestrigen Besprechungen im Reichspräsidentenpalais

interessiert eigentlich nur die mit der Nationalsozialisten

Dr. Goebbels zur Regierungsbildung

Meldung des Wolff-Büros

Berlin, 31. Mai.

Der Berliner Chefredakteur der Nationalsozialisten, Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels, nahm in einer Versammlung der Nationalsozialisten zu den neuesten politischen Vorgängen Stellung. Er kam zu dem Schluß, daß durch den Sturz des Kabinetts der grundlegenden System- und Kurswechsel in Deutschland eingeleitet worden ist. Voraussetzung ist, daß den Nationalsozialisten nunmehr auch entsprechend den in allen Wahlen zur Ausdrucks gekommenen Volkswillen die Macht in Deutschland gegeben würde. Demzufolge sei es notwendig, daß der Reichstag aufgelöst würde, um so klar und eindeutig die Machtverhältnisse zu schaffen. Voraussetzung für diese Wahlen

ist, die Herren Hitler und Goebbels haben sich, während der Auflösung der sozialdemokratischen Führer nur etwa sechs Minuten dauerte, eine Dreiviertelstunde mit dem Reichspräsidenten unterhalten. Da die strenge Vertraulichkeit vereinbart wurde, ist Genaueres über das Ergebnis nicht bekannt geworden. Die Nationalsozialisten selbst bezeichnen es als betrüblich. Damit wird der Phantasie ein weites Spielraum gelassen. Es

verlautet, die nationalsozialistischen Führer hätten dem Reichspräsidenten erklärt, daß eine Regierungsbildung für sie nur nach Ausschreibung von Wahlen in Betracht käme.

Die Frage, ob und unter welchen Umständen die Nationalsozialisten geneigt wären, ein rechtsgerichteteres Kabinett, an dem sie nicht beteiligt sind, zu tolerieren, scheint jedenfalls noch nicht völlig geklärt worden zu sein. Die „D.A.P.“ will wissen, daß der Reichspräsident grundsätzlich bereit ist, Neuwahlen auszusprechen, die mit Rücksicht auf die schwierige außenpolitische Lage freilich erst im Herbst stattfinden könnten. Das neue Kabinett würde nicht die Funktionen eines Übergangsübernehmens übernehmen. Das ist niemandem, sondern dem Reichspräsidenten, der unabweisbar die Führung eines solch außerordentlichen Übergangskabinetts sich zu unterziehen, läßt sich begreifen. Und wie würde sich das Zentrum, das den Sturz Brünings als eine Bräuterei empfand, zu einer solchen „Zwischenregierung“ stellen, die keineswegs geeignet erscheint, die den bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen die Interims-Positionen, die mit der erforderlichen Autorität zu vertreten? Der Unterredung, die der Reichspräsident heute mit dem Präsidenten Koch haben wird, kommt unter diesem Gesichtspunkt ganz besondere Bedeutung zu.

Es wehren sich unter diesen Umständen auch nicht von rechten Vagern die Stimmen, die schon jetzt eine ganz eindeutige Entscheidung verlangen.

Soll, so meint beispielsweise die „Post“ die „D.A.P.“, die kommende Regierung lediglich ein Vorläufer für das spätere Kabinett der Rechten sein? Warum dann die Verhinderung, warum dann ein Sommer der Unsicherheit und Ungewißheit? Ganz derselben Auffassung ist der Berliner „Kampfring“, der sich gleichfalls gegen ein „Provisorium“ wendet. Gerade die nächste Zeit erfordert eine feste Regierung und nicht ein Übergangskabinett mit dem Reichspräsidenten. Das Blatt hält eine feste parlamentarische Regierung für möglich, wenn eine Reichsregierung der Rechten, in der die Nationalsozialisten entsprechend vertreten wären, vom Zentrum toleriert würde, das auf die Art eine gewisse Kontrollmöglichkeit hätte.

Dennoch wird nach all dem, was man hört, bezweifelt werden müssen, ob eine Lösung in dem hier angebotenen Sinne schon jetzt herbeigeführt werden wird.

Man ist sich offenbar, die letzten Konsequenzen zu ziehen.

Der Reichspräsident des Reichstages, der sich heute versammelt, wird voraussichtlich über den Aufnahmestritt des Parlamentes noch keinen Beschluß fassen, sondern sich dahin einigen, daß der Reichstag erst nach der Bildung der neuen Regierung einberufen wird. Es ist also mit ziemlicher Sicherheit mit einer kurzen Tagung im Laufe der nächsten Woche zu rechnen.

Es ist aber, daß sämtliche einschneidenden Notverordnungen wie E.M. Verbot ufm. aufgehoben würden, um so ein unbeeinträchtigtes Bild der wahren Volkswirtschaft in Deutschland zu bekommen.

Des weiteren wendet sich Dr. Goebbels der Frage zu, wie nunmehr die Verhältnisse in Preußen gestaltet werden. Hier sieht der Chefredakteur der Nationalsozialisten aus, daß durch die letzten Notverordnungen das Eigenleben der Länder so beeinträchtigt worden ist, daß eine Neuordnung nur über das Reich durchgeführt werden könne. Lokalisationen könnten von den Nationalsozialisten nur dann eingebracht werden, wenn sie die Gewähr hätten, daß die grundsätzlichen programmatischen Forderungen der Nationalsozialisten zur Ausführung gelangen.

Wie es kam

(Von unserem händigen Vertreter)

Berlin, 31. Mai.

Es ist wohl noch zu früh, die Summe dieser letzten zwei Jahre zu ziehen, aufzugehen, was Dr. Brüning und seine Leute geleistet haben und worin sie vielleicht versagt haben. Auch schon um bestimmen zu früh, weil zur Stunde noch alles durch einander wirbelt und mit mathematischer Bestimmtheit wahrscheinlich niemand zu ländern weiß, welcher Weg denn nun künftig eingeschlagen werden soll. Daß es „anders werden“ muß oder auch laß unseren Fall bezogen anders werden wird, mag zur Zeit eine entsetzende Parole sein, zu ernsthafter Betrachtung doch wohl sehr früher politischer Dinge scheint sie weniger sich zu eignen. Was zur Not einigermaßen sich überlegen läßt (trotzdem gesprochen) wie alles so gekommen. Dann aber wird doch immer wieder auf die Vorgänge zurückzublicken sein, die vor bald drei Wochen zum Rücktritt Brüning vom Amt des Reichspräsidenten führten. Wir haben damals sehr aufmerksam beobachtet, wie man sich erzählt, seine erste Audienz mit dem Reichspräsidenten unter der Leitung gestellt haben: es ist klarheit darüber zu schaffen, daß die künftige Regierung von bestimmten Einflüssen bewahrt werden müsse. Ein bezeichnend richtiger Satz, fast eine politische Weisheit von einem verantwortlichen Ministerium anders überhaupt nicht zu führen sind. Aber was er am Sonntag nicht schon zu spät, diesen Wunsch nach angewandten, prinzipiell: den Anfängen einer Entschleunigung ist zu widersprechen. Wenn die Regel erst auf dem Kopf ist, hat man gemeinlich die Herrschaft über sie verloren.

Nach allem, was wir von zuverlässigen Beobachtern hören, ist der Herr Reichspräsident von seinem überraschenden Plötzlichen Rücktritt doch wohl mit dem Entschluß wiedergekehrt, das Kabinett Brüning zu verabschieden, nicht Herrn Brüning selber. Dem hat er am Sonntag und auch noch am Montag das Außenministerium angedeutet. Das hat Dr. Brüning, was wie um der unterirdischen Not willen bedauern, die seinen Raum für die Empfindungen verletzten Gesichtsausdruck lassen sollte, ablehnen zu müssen gelehrt. An eine Wiederbetragung Brüning aber hatte der Reichspräsident schwerlich gedacht, sonst hätte er in der ersten Unterredung, der vom Sonntag, wohl nicht den Kanzler gebeten, von neuen Notverordnungen und Personalveränderungen einzuflehen abzuweichen. Der Kanzler jedenfalls hat daraus den Schluß gezogen, daß die Demission seiner Regierung erwünscht sei, worauf der sehr kurze Montagbesuch auf die Mitteilung von dem inzwischen erfolgten Rücktrittsbefehl hat beendigt hat.

So also ist es gekommen. Fragt sich nun: was kommt danach? Bestanden (wenn nicht angelehnt) des Stimmengewinns im Ausland, das uns vermutlich bald über den herrlichen Vormarsch der „Generalstabsarmee“ belehren wird) bleibt, daß der greise Hindenburg noch wie vor den entscheidenden Willen hat, verfassungsmäßige und streng nach dem Gesetz vorzugehen. Es alle, die in diesen Tagen hinter ihn sich stellen werden, der gleichen Auffassung sind, magen wir nicht zu entscheiden, interessiert im Augenblick in wohl auch nicht. Was am Montag nachmittags im Reichspräsidentenhaus, vor dessen Gastenmännern beschuldigungslos Kanzler sich sammelte, diskutiert wurde, war der sogenannte „parlamentarische Weg“. Auch die Anwesenheit Hitlers, der gegen die letzte Abendstunde im Reichstag eintraf, hing damit zusammen. Da in der Nationalsozialistischen Partei niemand außer dem Führer zu endgültigen Entscheidungen sich berufen hält, mußte eben Adolf Hitler nach Berlin beordert werden.

Das besagte Weg zum Ziele führt, möchten wir trotzdem bezweifeln. Wieviel müßte nur der Ausweg eines Kabinetts von Erwachsenen persönlichen präsidialen Vertrauen (was nach seiner Entstehung und durch länger als zwei Jahre ja auch das eben juristischere Ministerium war). Wer aber dieses Kabinett führen, wer ihm angedeihen soll, weih, wie gesagt, außer den engen Kreisen, die den Reichspräsidenten in den letzten Wochen

Wie urteilt das Ausland über Brüning's Sturz

Freivolle Kommentare der Pariser Presse - Befriedigung bei den französischen Nationalisten

Drahtung unseres Pariser Vertreters
V. Paris, 31. Mai

Die Befriedigung, daß sich allerlei Prophezeiungen über die unvermeidliche Demission der Regierung Brüning verwirklicht haben, läßt sich den Kommentaren der Pariser Zeitungsorgane entnehmen. Wieder einmal wagt man bei die Hände in Unschuld und erklärt mit einer Präzision, die im Augenblick der kurzfristigen europäischen Krise geradezu verbrochenartig klingt, daß es Frankreich

„mit Energie dem gefährlichen Deutschland gegenüberhalten müsse.“

In Genf verläumt Erdos nicht, um die Anstrengungen des Reichstagslers, eine Grundlage für die europäische Verständigungsarbeit zu schaffen, zu vernichten. Herrst, der weder die Entschlossenheit noch die Courage aufbringen kann, der öffentlichen Meinung die wahre Lage Deutschlands zu schildern, Gerriet und sein künftiger Ministerkollege Patulovet saßeln in diesen Tagen von den „schönen und mahligen Erfahrungen“ Brüning's. Auch bei Gerriet in den Tagen der Belgiergebnisse des bisherigen Reichstagslers in ein tiefes Licht zu rücken und ihn als „Instrument der Nationalsozialisten“ hinzustellen.

Kugeficht der Demission Brüning's wirkt man die Frage an, welche Haltung Deutschland in Louanne und Genf einnehmen werde und man entwirft plötzlich eine Meinung für Brüning als Unterhändler.

wel — wie behauptet wird — eine andere deutsche Persönlichkeit nicht die Gewandtheit besitzen dürfte, die Brüning in Paris, London und Genf bewiesen hat.“ Daß die außenpolitischen Maßnahmen im wesentlichen nicht ändern würden, davon ist man hier überzeugt.

Genste Besorgnisse in London

Drahtung un. Londoner Vertreters
L. London, 31. Mai

Der Rücktritt der Regierung Brüning hat in der englischen Gesellschaft einen außerordentlich tiefen Eindruck gemacht. Seit Monaten hatten die englischen Zeitungen demgegenüber erklärt, daß die Fortdauer der Brüning-Regierung in Deutschland mit der Souveränität Deutschlands und folge. Es ist also berechtigt, daß jetzt

vielleicht eine schwere Störung des Gleichgewichts befürchtet wird.

Sämtliche Blätter ohne Ausnahme widmen Dr. Brüning ausnehmende Worte. Beunruhigend wirken hier ebenfalls die Umstände der Regierungskrisis wie ihre außenpolitischen Leistungen. Daß Dr. Brüning nicht durch den Rücktritt, sondern gewissermaßen durch den Reichspräsidenten zum Rücktritt gezwungen wurde, geht hier als Anzeichen dafür, daß das Parlament völlig schamhaft geigt werden soll. Manche Blätter sehen sogar darin, daß eine kommunistische Diktatur zu entstehen. Der sozialistische „Daily Herald“ meint, Herr von Hindenburg habe einen Staatsstreich durchgeführt. Er sei im Begriff, die Regierung Brüning durch eine Gruppe von Junkern und Generalen aus seinem persönlichen Kreise zu entfernen und sich selbst zum Diktator zu machen.

Französische Sozialisten für Regierungsbeteiligung

Drahtung unseres Pariser Vertreters
V. Paris, 31. Mai

Am zweiten Verhandlungstag des Sozialistischen Parteikongresses in Paris nahmen a. a. der frühere ehemalige Abgeordnete Gerriet, der Parteiführer von Blum und der Generalsekretär Paul Faure zur Frage der Regierungsbeteiligung der Sozialisten Stellung. Gerriet erklärte, er sei für eine vorbehaltlose Regierungsbeteiligung auf der Grundlage eines konkreten Programms.

Die Frage des Schicksals müsse, daß in dem Augenblick, in dem in Frankreich die Krise ausbräche, in Deutschland das Gegenteil der Fall sei.

Man müsse aber die Gründe der Entwicklung der Arbeiterbewegung verstehen. Die französischen Sozialisten müßten daher eine Reihe von Forderungen stellen, die den Bedingungen Deutschlands entsprechen zu lassen, daß Deutschland eines Tages wieder aufstehen könnte.

Der Parteiführer Blum, der von den Kongreßmitgliedern mit großem Beifall begrüßt wurde, schlug vor, den Radikal-Sozialen nur solche Bedingungen für den Rücktritt zu unterbreiten, zu denen die Radikal-Sozialen bereit Stellung genommen haben.

Auf keinen Fall soll Gerriet ein sozialistisches Wahlprogramm vorgelegt werden.

Die von Blum mitgeteilten, haben fast alle Entschlüsse der sozialistischen Reichsverbände grundsätzlich die Regierungsbeteiligung betraf. Die Sozialisten stellen daher eine Reihe von Forderungen auf, die gegenwärtigen Lage entsprechen würden. Wer davon denkt, daß es mit einer Verständigung über einige Programmpunkte getan sei, der irre ist. Ein Kompromißverhältnis müßte sich auf allen Fronten bilden, und die Wünsche der Arbeiterklasse können nur erfüllt werden, wenn man ihre große Idee liebt.

Die Verhandlungskongressen, sagte Blum, werde nur insoweit zum Ziele führen, als Frankreich seine eigenen Willkürmaßnahmen beende. Die Abklärung werde im Juli und August stattfinden, wenn die Arbeiterbewegung in Deutschland zur Regierung gelangt.

Von dem radikal-sozialen Organisationsausschuss der Genie Abend in Paris zusammengetreten.

Die deutsche Regierungskrisis wird als die „entscheidende Wendung in der Geschichte des Reiches“ bezeichnet.

Uebereinstimmend herrscht die Ansicht vor, daß eine außerparlamentarische Regierung nationalsozialistischer Richtung kommen werde. Von Wichtigkeit ist, daß der Reichspräsident gänzlich außerhalb der Betrachtungen bleibt, die über Brüning's Demission angefaßt werden. Hindenburg hat — so wird betont — aufgrund rein parlamentarischer Erwägungen gehandelt und wählte schließlich der parteipolitischen Kräfteverteilung Rechnung tragen.

Die Morgenblätter wachen über die Demission Brüning's, daß der Rücktritt Brüning's an der Gesamtlage Deutschlands nicht viel ändern werde. Die Demission der Regierung sei die logische Folge einer politischen Entwicklung, die in den Verhandlungen ihren Ausdruck fand. Die größte Beunruhigung herrscht bei den französischen Nationalisten, da ihrer Ansicht nach die internationale Situation unheilbar an Arbeit gewonnen habe. Ueber die grundsätzlichen Forderungen Deutschlands, so behaupten die Blätter, hätte zwar in Genf, reich niemals Klarheit bekommen, aber nach dem Rücktritt Brüning's werde man nunmehr den wahren deutschen Willen gegenübersehen.

Paris, der bekannte französische außenpolitische Journalist, glaubt nicht an einen großen Umsturz in Deutschland.

Seit zwei Jahren habe Brüning ohne Rücksicht auf die Interessen der Nation gehandelt. Die Verfassung sei durch den Rücktritt nicht verletzt. Die Herren der Reichswehr waren schon die Herren Deutschlands. Für die Durchführung des deutschen inner- und außenpolitischen Programms steht weiterhin keine politische Unterdrückung voraus. Frankreich würde heute in Deutschland ein Land gegenüber, das nur noch Glauben an die politische Kraft hat.

Besonders unruhig ist die politische Presse naturgemäß hinsichtlich der Außenpolitik der nächsten deutschen Regierung.

Die „Times“ behaupten, daß die „einstufige Lösungsbewertung“ auch der Form nach an die Stelle der Verhandlung und des Kompromisses treten werde.

„Es wäre ein europäisches Unglück, wenn diese trotzige und rein negative Haltung zur offiziellen Deutschland werden sollte. Das wäre umso mehr zu bedauern, als gerade jetzt eine wachsende Anzahl von Franzosen bereit zu sein scheint, einer vernünftigen Verhandlungspolitik zuzustimmen. Es kommt offenbar dem Leiter der „Times“ nicht in den Sinn, wie leicht zu retten gewesen wäre, wenn diese Sinneseinwirkung etwas früher eingeleitet hätte.“

Beobachtet darüber urteilt der konservativ „Daily Telegraph“, der schreibt: „Der deutsche Standpunkt in Louanne wird unter jeder Regierung derselbe sein, nämlich daß die Reparationen verschwinden müssen.“ Einen bemerkenswerten Artikel aus der Feder eines prominenten Wirtschaftspolitikers veröffentlicht der liberale „New Chronicle“. Er heißt darin: „Der Rücktritt Brüning's ist ein Ereignis von erhabener Bedeutung für die ganze Welt. Er kann zu einem Wendepunkt der europäischen Geschichte werden.“

Wenn Brüning der neuen Regierung in irgendeiner Form angehören sollte, dann könnte man auf eine erträgliche Verständigung mit anderen Ländern, namentlich mit Frankreich, rechnen.

Befriedigt Brüning ganz, dann wird es außerordentlich schwer sein, in Genf und Louanne positive Ergebnisse zu erzielen. Die letzte Kenntnisnahme Dr. Brüning's habe der Welt seit der deutschen Krise ein Jahr Kampfes gewährt. Es ist nicht seine Schuld, daß die Rechte sich nicht entschließen konnten, von der Kampfbahn abzurufen zu lassen.

Verhältnismäßig ruhig urteilt die Presse der City. Die deutschen Nationalisten sind zwar getrieben an der Spitze erheblich zurückgegangen. Doch kommt darin mehr die Unsicherheit über die tatsächliche Entwicklung als eine positive Beurteilung zum Ausdruck. Die „Financial News“ schreibt, die deutsche Politik in Louanne werde vielleicht in den nächsten Tagen ein klares Bild zeigen, aber über die Ablehnung der Reparationen welche zwischen Brüning und seinen Opponenten faum eine Meinungsverschiedenheit. Das Blatt ist allerdings hingen: Brüning gilt als ein Volkstreu gegen den Extremismus, sowohl in seiner kommunistischen wie in seiner kapitalistischen Welt. Das Verbot der Reichswehr wird als höchst wichtige Krise bei Genf, die bisher unbekannt sind. Diese Unsicherheit ist zweifellos ein Element der deutschen Krise, das im Ausland einig Verständnis auslösen muß.

Macdonald kommt früher nach London

Drahtung un. Londoner Vertreters
L. London, 31. Mai

Nach dem Bekanntwerden der deutschen Regierungskrisis fand im Parlamentengebäude eine improvisierte Kabinettsitzung statt, in der die Auswirkungen der Krise auf die Abhaltung der Parlamentarier Konferenzen besprochen wurden. Nach einem längeren Telefongespräch mit dem Vizepremier Macdonald, der noch immer in Louanne in Scotland wohnt, kam man zu dem Beschluß, daß eine Verschiebung der Parlamentarier Konferenz, falls erforderlich, egeduldet werden dürfe.

Es scheint, daß Macdonald seinen Einfluß in dieser Richtung einsetzt hat, während andere Mitglieder des Kabinetts bereit waren, einer Verlegung der Konferenz zuzustimmen. Macdonald hat offenbar Erfolg, der Stimmung in den Kreisen der Kabinettsmitglieder zu beeinflussen. Er wird im folgenden schon eine Woche früher als beabsichtigt, von seinem Erholungsurlaub nach London zurückkehren. Eine neue Kabinettsitzung ist für morgen einberufen worden. Es dürfte aber wohl übergeheben sein, daß die amtliche englische Welt für Louanne durch die deutsche Krise keine Veränderung erfährt.

Schiedsgericht für den Ruhrbergbau

— Genf, 31. Mai

Unter dem Vorsitz von Professor Dr. Bräuer fanden gestern die Schlichtungsverhandlungen für die Ruhrbergbau und die Arbeitslosigkeit statt. Es wurde ein Schiedsgericht gebildet, durch den die Schlichtung um zwei Monate unterbrochen verlängert wird. Der Mantelvertrag wurde mit einigen Änderungen, zum Beispiel in der Frage der Urlaubsbefreiung, bis zum 31. März 1933 verlängert.

Schwere Studentenkravalle in Wien

— Wien, 31. Mai

Seitern vormittag kam es in der Universität in der Technischen Hochschule zu schweren Zusammenstößen, die bis in die Mittagsstunden andauerten. Zwischen nationalsozialistischen Studenten und ihren politischen Gegnern, besonders aus jüdischen Studenten, entwickelten sich heftige Zusammenstöße; zwei Studenten sollten schwerere Verletzungen erhalten haben. Die Hochschule für Wirtschaft ist geschlossen worden.

In Zusammenhang mit den Vorgängen an der Universität verurteilte mittags eine Gruppe von Studenten, in die Judengassen der inneren Stadt einzudringen, wo sich zahlreiche Trübsalstrücker befinden. Ein nationalsozialistischer Student wurde von einem Geschäftsmann mit einer Scherbe an den Kopf geschlagen, wobei der Student Verletzungen erlitt. Der Geschäftsmann wurde festgenommen, außerdem einige Personen wegen Raubüberfall.

Schließung der Wiener Universität

— Wien, 31. Mai. Wegen der heftigen Studentenkravalle ist auch die Wiener Universität bis auf weiteres geschlossen worden.

Dr. Strecker erneut verurteilt

— Berlin, 31. Mai. Das Schöffengericht verurteilte unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig in der zweiten Verhandlung den 70 Jahre alten Schöffengericht Dr. Strecker wegen Brandstiftung in Talsiedel mit Verhängnisstrafe wieder zur Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus.

Begnabigung von zum Tode Verurteilten

— Weismünde, 31. Mai. Das preussische Staatsministerium hat das Urteil des Weismünder Schöffengericht vom 7. Juni 1931 gegen den wegen Begnadigung zum Tode verurteilten Herbert Rühne auf Weismünde in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

— Dresden, 31. Mai. Wie verlautet, sind der Reichsmann H. Stefan und der Justizrat Dr. Göttsch in Dresden, die wegen gemeinschaftlicher Ermordung ihres Freundes, des Gärtnereigenen Bruno Hoff zum Tode verurteilt worden waren, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Verleihen, vorläufig niemand. Sicher scheint zu sein, daß man als Nachfolger des Finanzministers Dietrich (dem schließlich zu beschließen sein wird, daß er auch in den gefährlichsten Stunden die Herren nicht verlassen und die Reichsfinanzen trotz aller Komplikationen nicht ungeordnet zurückläßt) den Grafen Schwerin-Krosigk ins Auge gefaßt hat. Das wäre eine gute, vielleicht sogar eine ausgezeichnete Wahl. Graf Schwerin-Krosigk, einer von den besten Ministerialdirektoren, die jetzt zu Staatssekretären aufsteigen sollten, zählt zu den fähigsten und geschicktesten Beamten dieses Reichs. Er hat im letzten Jahr das Reich wiederholt bei den wichtigsten internationalen Zusammenkünften mit Erfolg vertreten, auch eben wieder weil er in solchen Verhandlungen in Paris.

Alles andere sind Gerüchte, Vermutungen, konjunkturelle Prophezeiungen. Viel mehr läßt sich vor der Hand auch über die sogenannte Kandidatur Wehler nicht sagen. Dr. Wehler hat nach der Weimarer Zeit dem Reichspräsidenten im Besonderen einen großen Dienst abgeleistet. Das war bei den verschiedenen Verhandlungen zwischen Reichspräsident und Wehler selbstverständlich. Wehler gehört zu den Männern, die zu jeder Zeit dem Reichspräsidenten Anteil haben, dessen Freie, von Fortschritt und demokratischer Staatsanschauung freie Art die Dinge zu sehen und heranzuführen, bei dem allen Herrn besonderen Anhang findet. In der vorigen Woche hat Dr. Wehler einige Tage — in Gesellschaft des Vize — in Berlin sich aufgehalten und ist dann in seine Kabinette zurückgekehrt. Würde aus dem Gerücht überhaupt eine Tatsache, so könnte man auch das mit Genugtuung verzeichnen. Man hat schwere Sorge dieser Tage nicht so verlässlichen.

Berliner Pressestimmen

Mit Bitterkeit stellt das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, das noch längst warmen auf die gegen den Kaiser gerichteten Untriede hingewiesen hat, fest, daß das Fundament des Vertrauen zwischen Hindenburg und Brüning „unterminiert“ worden sei.

Daß in Zukunftstreffen über die Art und die Begleitumstände, unter denen Brüning's Rücktritt vor sich gegangen ist, tiefe Befriedigung herrscht, braucht kaum erwähnt zu werden.

In der „Morgenpost“, die seit dem kürzlich erfolgten Weimarerwechsel sich stärker nach rechts orientiert hat, finden solche Gefühle allerdings keinen Niederschlag. Das Blatt begnügt sich lediglich damit, die außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu unterstreichen, die dem Reichspräsidenten jetzt erwacht. Die Lage Deutschlands sei in der Tat ohne jeden Zeitverlust eine handlungsbereite Regierung gebildet werden müsse. Die abermals schwere Verantwortung, die der Reichspräsident auf sich genommen hat, wird auch fern in den Vordergrund gerückt. „Sie ist“, meint das „Berliner Tageblatt“, „so schwer, daß ihn niemand darum beneiden wird.“

Daß der Rücktritt Brüning's einen Wendepunkt darstellt, daß er einen prinzipiellen Ausbruch einleitet, darüber herrscht allenfalls stiller Klarheit.

„Es ist“, schreibt der „Morgenpost“, „zum ersten Mal der Weg für die Anerkennung des Willens der Mehrheit des Volkes wie er in allen Verfassungen des letzten Jahres zum Ausdruck gekommen ist, frei gemacht. Ob der Reichspräsident diesen Weg bis zum Ende gehen wird, steht noch nicht fest.“ An anderer Stelle bespricht das Blatt es als das nächste Ziel der Reichsopposition, die Möglichkeit einer „Zwischenlösung“ zu erschüttern. Die „Deutsche Zeitung“ hat bereits die Stunde des nationalen Deutschlands bilanziert und erhebt die Forderung nach einer baldigen Reichstagsauflösung. Dabei verleiht sich das Blatt nicht dem „außerordentlichen Ernst der Lage“, „Reich und Preußen ohne Regierung in einem Augenblick, der im Innern und in der Außenpolitik zur Entscheidung auf der ganzen Linie drängt.“ Schwere und ganze Verhältnisse seien daher notwendig. Die „Deutsche Tageszeitung“, die in der letzten Woche auf Stellung der hinter ihr stehenden agrarischen Kreise heftige Angriffe gegen das Kabinett gerichtet hat, läßt sich mit neuer Hoffnung erfüllen. „Recht ist die Gleichgültigkeit der Dinge im Reich wie in Preußen weitgehend hergestellt. Jetzt steht die Opposition eindeutig und klar vor der Verantwortung. Das lange und verwickelte Angekreht wurde, das kann und muß jetzt verwirklicht werden.“

Wesentlich häufiger deutet die „D. A. Z.“ die Situation. „Der Jubel, den der Rücktritt der Regierung bei den Nationalsozialisten und in einigen anderen Kreisen hervorgerufen hat, dürfte sich nach kurzer Zeit in eine andere Gefühlswegung verwandeln, wenn die Last der Verantwortung für ein großes Reich auf den Nachfolger ruht.“ Dennoch ist das Blatt der Auffassung, daß dieser Übergang der Macht von einer zur anderen Regierung unumkehrbar geworden sei.

wel „der Volkswille endlich ein Urteil gefällt“ werden müßte.

Beinahe ausfallslos ist der gemäßigte Ton, den der „Vorwärts“ anstößt. Er anerkennt die rechtliche Würde des Reichspräsidenten, äußert aber die größten Zweifel, ob und inwieweit es noch in seiner Macht liege, den Punkt zu bestimmen, in dem sich die Verhältnisse wieder stabilisieren könnten. Die Betrachtungen des sozialdemokratischen Hauptorgans, daß mit Hindenburg in die Zukunft gehent, schließen mit einer verballenden Erwähnung an die kommende Regierung: „Auf alle Fälle muß sich die Sozialdemokratische Partei bereit halten, binnen kurzem den größten und entscheidendsten Reichstagskongress zu führen, der jemals bisher in der Geschichte der deutschen Republik da gewesen ist. Nicht denn zu wird das Schicksal des deutschen Volkes von der Art abhängen, die die sozialistische Arbeiterbewegung zu entwickeln imstande ist.“

Seit dem 14. Mai 300 Tote

— Bombay, 31. Mai. Bei den Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern wurden seit dem 14. Mai 300 Personen getötet und mehr als 2000 verletzt.

DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFTS-AUSSTELLUNG MANNHEIM

36. WANDERAUSSTELLUNG DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFTS-GESELLSCHAFT

Der Begrüßungsabend im Rosengarten

Der himmelsohler Ausblick zu der heutigen Eröffnung der 36. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft bildet ein Begrüßungsabend, zu dem die Stadt Mannheim die besten hier weilenden Mitglieder der D.L.G. und eine große Anzahl hiesiger Persönlichkeiten geladen hat. An der Ehrentribüne, die am Fuße des Podiums in jenseitiger Breite des Ribelungensloos einnahm, saßen: Ministerialrat Dr. Klob, Referent für Landwirtschaft im Ministerium des Innern, Ministerialrat Ulrich, Domänenabteilung des Finanzministeriums, Generallandschaftsrepräsentant Dr. v. d. Medla, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Dr. h. c. Graf Douglas, Präsident der Bad. Landwirtschaftskammer, Oberbürgermeister Dr. Heimerich, Erster Bürgermeister Dr. Ball, 1. Vizepräsident des hiesigen Bundes, Reinhold, Landeskommissar für die Landwirtschaft, Präsident der Oberpostdirektion Karlsruhe, O. Wieh, Landgerichtspräsident Dr. Schuler, Pfälz. Palast Josef Bauer, Stadthauptmann Dr. Hoff, Vorsitzender des Vogt. Kirchenvereins, Landeskommissar Dr. h. c. Adolf Vögel, Vizepräsident des Landeskommissars Dr. Kaimbacher, Oberbürgermeister Dr. Reinhard, Heidelberg, Erster Bürgermeister Dr. Scarius, Ludwigsbad, Geheimer Kommerzienrat Dr. Erzevitz, Präsident der Landeskommission Landwirtschaften a. M., Reichsanwalt Dr. Waldeck, 2. Vizepräsident des Bad.

Landtags, Oberbürgermeister i. R. Prof. Dr. Math. Deibelberg. An zwei Quertischen saßen zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden. Die Gäste waren auch die Stadtoberhäupter von Weinheim, Rastatt, Schweigenen, Speyer, Worms, Bad Dürkheim und Sinsheim erschienen.

Der Ribelungensloos hat einfachen aber trotzdem recht wirkungsvollen Schmuck angelegt.

Wirlanden schwingen sich von der Decke zu den Emporenscheitern, die mit dunkelrotem Tuch verkleidet sind. Raben in den Reiben- und Stadtfarben und in den Farben aller Bundesstaaten flankieren die Pfeiler und leuchten sich nach der Empore fort, die mit immergrünen Pflanzen einen lebendigen Hintergrund erhalten hat. Ein mächtiger Kranz, der vor der Orgel schwebt, trägt die Initialen D.L.G. in Blaufarbenschwarz. Die Begrüßungen der Empore sind mit blauem Stoff verkleidet. Tuschblumen und Sträuße schmücken die Tribüne.

Der mehr akademische erste Teil des wertvollen Programms wurde durch die Fiebermatt-Quertafel und den Unserfrischen Tanz von Berlin durch das Nationaltheaterorchester unter Generalmusikdirektor Nikolaus eröffnet. Es braucht nicht betont zu werden, daß die beiden Musikstücke mit der gewohnten Meisterschaft vorgetragen wurden und rauschenden Beifall fanden.

In dieser Zeit der Not und der Sorge empfinden wir es besonders dankbar, daß Götter in großer Zahl und allen Teilen des Reiches zu uns kommen.

Nicht etwa nur deswegen, weil Ausstellung und Massenbesuch eine kleine Belebung für unsere Wirtschaft bedeuten, sondern vor allem deshalb, weil gerade diese Veranstaltung die Schicksalsgemeinschaft deutlich werden läßt, zu der wir alle jetzt gehören. Ich glaube sogar zu dürfen, daß die Landwirte gerade im heutigen Mannheim auf ein hartes Interesse für ihre Berufsfragen und ihre Berufs-

interessen zu rechnen werden. Wir sind hier in Mannheim, 1932 der fast amerikanischen annähernden Großstadtentwicklung, noch nicht ganz landfremd geworden. Die Großstadt ist nicht mehr das Ideal, dem alles nachgeht. Man hat die schweren Schattierungen, die aus dem reinen Großstadtmilieu erwachsen, nunmehr erkannt. Ein Streben nach Bodenständigkeit geht wieder durch das deutsche Volk. Das ist gesund; aber dieses Streben darf die reellen Möglichkeiten nicht falsch einschätzen. So ist es zweifellos ein Vergnügen, daß ein 10 Millionen-Volk sich wirtschaftlich noch außen gekehrt abstellen könnte. Viele Städte, die von einer Blüthe auf Land träumen, verkennen manchmal auch völlig die harte Lebensnot, mit der der Bauer kämpfen muß. Das Leben des Landwirts ist ja kein Ideal und verdient sich nicht in arbeitslosem Frieden, sondern erfordert keine geringere Anstrengung und Widerstandskraft als das des Städlers.

Das Entscheidende aber an dem neuen Lebensgefühl, das sich im Gegenjahre zur bisherigen Großstadtentwicklung anbahnt, ist die

Annäherung zwischen Stadt und Land.

Nicht nur äußerlich, indem die weiträumig angelegten städtischen Einrichtungen und Schreibräumen in das Land hereinwachsen, sondern in viel höherem Maße innerlich, indem der Städler wieder größere Liebe zur Natur und größere Achtung vor der Arbeit desjenigen gewinnt, der dem Boden unmittelbar das Notwendige für seinen und unserer Lebensbedürfnisse abnimmt. Gasarbeits- und Industriestädte haben uns gleichzeitig und gemeinsam getroffen; sie können auch nur gemeinsam überwunden werden.

So möge die Tagung und Ausstellung der D.L.G. in Mannheim zu einer Befestigung der Uebereinkunft werden, daß

Stadt und Land, Städler und Bauer gleichermaßen in einer gemeinsamen Not sind,

die nur durch gegenseitiges Verständnis und durch planvolle Zusammenarbeit überwunden werden kann. Wie hat unser Volk den Willen zu leben so notwendig gehabt, als heute. Auf unsere eigene Kraft, die sich gerade auch an dem Schicksal der Stadt Mannheim so kläglich bewährt hat, sind wir heute allein angewiesen. Darum will ich schließen mit den Worten, die ein Mannheimer Ehrenbürger, der Philosoph Wilhelm Eucken, aus dem 100jährigen Stadtjubiläum vor 25 Jahren ausgesprochen hat: „Bei uns Da bist aus eigener Kraft!“ (Starker Beifall.)



Die badische Landwirtschaft. Statue im Ehrenhof (Vestibül) des Pavillons der badischen Landwirtschaft.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich

Es ist nunmehr auch Podium und Rednerpult besetzt. Die Begrüßung der Fremden läßt sich mit gespannter Aufmerksamkeit den inhaltlich hervorragenden Ausführungen Dr. Heimerichs folgen u. a. m.

Seine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Stadt Mannheim läßt sich glücklich, die D.L.G. ihre Mitglieder und Gäste am heutigen Abend bei sich zu empfangen. Es ist nur eine besondere Form der Gastfreundschaft, die wir Ihnen bieten können. Aber die Not hindert uns daran, Sie zu empfangen, wie es früher geschehen wäre.

10 Jahre ist es her, daß die D.L.G. zum letzten Male in Mannheim getagt und ihre Wanderausstellung aufgezogen hat.

Was hier in der Nähe, am oberen Teil der heutigen Tagungsstätte, vor dem Schloß- und Bischofshaus zu damals schon recht ausgedehnten Ausstellungen stattfanden.

Der ständigen Eröffnung am 5. Juni 1922 entsprach nicht so ganz der weitere Verlauf dieser Ausstellung. In einem zeitgenössischen Bericht heißt es, daß der Himmel schon in den frühen Morgenstunden über die ganze Landstadt und Wasserflächen herabgeworfen hat, als wolle er Regen und Menschen erlösen. Das Ausstellungsterrain war fast unpassierbar geworden. In dem augenwe有ten Nebelboden, der stürzte mit stürzenden Wasserlächen bedeckt war, verlor man bei jedem Schritt die über die Kiesel, Trau der Wasserarbeiten war nur leidliche Passage mit Stetten und Balken herzustellen. Später nahm das Wetter karstähnlichen Charakter an und veränderte das Ausstellungsterrain in einen unerschwinglichen Morast. Soweit der damalige Bericht. Ich darf nun die D.L.G. in dem Mannheim von 1932, das sich gerade auf dem Wege zu einer allmählichen industriellen Entwicklung befindet, nicht so recht herzlich begrüßen. Jedenfalls ist die D.L.G. mehrere Jahrzehnte um Mannheim festhalten und weiterzuführen und hat uns nicht in den Turm über den höchsten Ausstellungsplatz aufgenommen.

Was endlich ist es laugem Werden gelungen, die D.L.G. doch wieder einmal nach Mannheim zu laden. Die Tagung und die Ausstellung fallen in eine unendlich schwere Zeit, ja, es gab einen Augenblick, in dem es zweifelhaft erschien, ob die Ausstellung durchgeführt werden könnte. Die Bedenken

wurden überwunden und wir freuen uns nun doppelt, Sie bei uns zu haben. Wir heißen Sie in Mannheim herzlich willkommen und sind erfüllt von dem Wunsche, daß Sie sich in Ihrer diesjährigen Tagungs- und Ausstellungstadt recht wohl fühlen mögen. Wir können zwar die Zustände der Zeit nicht vertreiben, aber wir glauben, daß sich die

langstigen Bedingungen für die Abhaltung einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Mannheim seit 1922 wesentlich verbessert haben.

Wir waren in der Lage, ein hervorragend geeignetes Gelände für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen, das vorige Woche bereits bewiesen hat, daß sich die Zustände des Jahres 1922 nicht wiederholen werden; hoffentlich werden sich auch die Verkehrs- und Unterkunftsverhältnisse einem Massenaufbruch gemessen zeigen und schließlich dürfen wir, wenn auch nicht alle Propheeten täuschen, auf ein prächtiges Ausstellungswetter hoffen.

Die diesjährige Aufnahmestunde der D.L.G. fällt gerade zusammen mit dem

100jährigen Stadtjubiläum von Mannheim.

Schon der Verkehrsverhältnisse wegen können wir dieses Ereignis nicht besonders feiern. Aber ich möchte doch heute daran erinnern, um unseren Willen ein Bild von unserer Stadt und der in ihr seit ihrer Gründung wirkenden Kräfte zu zeichnen. Nach einer knapp unruhigen Schilbung der Geschichte der Stadt Mannheim führte Dr. Heimerich weiter aus:

Von der vorkriegszeitlichen Blüte wäßen wir jetzt noch in Mannheim sehen. Die Mannheimer sind freilich nicht müde geblieben; Schaffenskraft und Energie, die unserer Bevölkerung eigen sind, haben wieder schwere Überwinden leisten oder doch leichter tragen lassen. Unsere Aktivität hat uns selbst in dieser schweren Zeit den Ruf einer lebendigen Stadt eingetragen. Aber infolge der Verschlechterung, die unsere geographische Lage durch die Abtrennung Elsch-Löhringens und die noch immer andauernde Abschnürung des Saargebietes erfahren hat und infolge der sonstigen Veränderungen, die die Wirtschaftskrise mit sich gebracht hat, wandt der Boden unter unseren Füßen. Die Entwicklung stagniert, so sie ist in vieler Beziehung rückwärts geworden. Wie überall in Deutschland erhebt sich auch besonders hier am Rhein und im Grenzland die Frage, was soll werden?

Dr. Graf Douglas

Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer und des Landes Baden der D.L.G., dankte im Namen des Präsidiums und Vorstandes der D.L.G. herzlich für die Begrüßung, aber auch für die Arbeit, die bei der Vorbereitung der Ausstellung von der Stadtverwaltung geleistet worden ist. Er konnte wohl sagen, daß die D.L.G. selten auf ein besseres Zusammenarbeiten getroffen sei wie in Mannheim. Auch der Begrüßungsabend, zu dem die Stadtverwaltung geladen habe, sei ein Zeichen der freundlichen Genehmigung. Man habe auch in ganz Baden gemerkt, daß Mannheim der richtige Platz für die Ausstellung sei. Der Redner warf dann einen kurzen Blick auf die Entwicklung der D.L.G., der größten landwirtschaftlichen Vereinigung der ganzen Welt, und forderte die Hebrerksammlung auf, sich recht in die Schachtelungen der Ausstellung zu vertiefen. Dieser gewaltigen Demonstration der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, der besonderen Industrie und der Wissenschaft. In schwerer Zeit könne man sich darauf freuen, wie die deutsche Landwirtschaft arbeite. Aber allein könne sie ihr Ziel nicht erreichen. Nur bei der Verständigung zwischen Stadt und Land werde sie sich durchsetzen zum Segen für das gesamte deutsche Vaterland. Das Red auf die Stadt Mannheim, mit dem der Redner schloß, fand den lebhaftesten Beifall.

Das Vorspiel zu den „Meisterfingern“ beendete den ersten Teil des Programms.

Für den zweiten Teil war Schauspieler August Heinrich als Anführer verpflichtet. Er führte in Pfälzer Tracht die Rolle ausgedehnt durch. Schon die humoristische Einleitungsansprache mit lokalem Gewürz war ein Volltreffer. Der Text war von einem Mannheimer verfaßt, der in solcher Selbstbeobachtung nicht genant sein will. Großen Eindruck machte auch ein einziges Gedicht, das den Landwirt gehörend feierte, und seine humoristischen Beiträge hatten den gehörenden Beifall. Der Held des Abends war Wilhelm Trieloff, der seinen klangvollen Bariton mit mehreren Liedern zu imponierender Wirkung brachte. Der humorische Beifall nötigte zwei Pausen ab. Hervorragend waren auch die Darstellungen des Balletts des Nationaltheaters. Gertrud Steiner und Andrei Jerschkoff sangen köstlich grotesk ein russisches Duett. Tagend war die „Leidenchaft“, eine Apollonische Operette. Zum Schluß trat das gesamte Tanzensemble in dem Holzschubhaus aus „Der und Zimmermann“ an und ließ den Abend mit dem wunderbar gelungenen Donauwalzer Jordenreich und gratias ausklingen. Das Philharmonische Orchester bereicherte das Programm unter Kapellmeister Beders Leitung mit mehreren vorzüglichen Musikstücken. Sch.

Bei jedem Getreide- und Malzkaffee verwendet man mit Vorteil als Zusatz eine gute Kaffeewürze. Dadurch wird das Kaffegetränk kräftig und wohlschmeckend. Die beste und ausgiebigste Kaffeewürze ist „Mühlen Franck“. Ein halbes Pfund kostet nur 22 Pfennig.

Nordstern und Vaterländische Allgemeine Versicherungs-A.G., Berlin

Das Jahr 1931 beendete nach dem Geschäftsbericht der Nordstern und Vaterländische Allgemeine Versicherungs-A.G., Berlin, die nach einem Verluste der Verwaltung im Jahre 1930 wieder Nordstern Allgemeine Versicherungs-A.G., Berlin, im Jahre 1931, eine wiederholte Bilanz auf dem Wege der Bilanzierung der Gesellschaft. Es wird daher...

Das Jahr 1931 (1.1.1) der A. G. Versicherungs-A.G., Berlin, 1.1.1931 bis 31.12.1931. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM. Die Bilanz zum 31.12.1930 zeigt einen Verlust von 1.100.000 RM.

Deutscher Ring Versicherungs-Gesellschaften

Die Deutschen Ring-Versicherungs-Gesellschaften haben im Jahre 1931 einen Gewinn von 1.100.000 RM erzielt. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM.

Der Deutsche Ring Versicherungs-Gesellschaften hat im Jahre 1931 einen Gewinn von 1.100.000 RM erzielt. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM.

Die Deutschen Ring-Versicherungs-Gesellschaften haben im Jahre 1931 einen Gewinn von 1.100.000 RM erzielt. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM.

Die Deutschen Ring-Versicherungs-Gesellschaften haben im Jahre 1931 einen Gewinn von 1.100.000 RM erzielt. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM.

Die Deutschen Ring-Versicherungs-Gesellschaften haben im Jahre 1931 einen Gewinn von 1.100.000 RM erzielt. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM.

Die Deutschen Ring-Versicherungs-Gesellschaften haben im Jahre 1931 einen Gewinn von 1.100.000 RM erzielt. Die Bilanz zum 31.12.1931 zeigt einen Gewinn von 1.100.000 RM.

Vom süddeutschen Tabakmarkt

Nachdem wir bereits über den Ausfall der ersten Tabakernte vor zwei Wochen berichtet haben, ist der Tabakmarkt in Süddeutschland in den letzten Wochen wieder belebter. Die Preise für Tabak sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Der Sternberg-Konzern in voller Auflösung

Sternberg & Co., Amsterdam, schließen die Schalter Ein zweifelhafter Nachlaß. Das Ende einer Inflationsblüte

Am 13. Mai verunglückte in der Nähe von Amsterdam der Generalrat des Sternberg-Konzerns. Dieser Rat, der aus 12 Mitgliedern bestand, wurde durch den Zusammenbruch des Sternberg-Konzerns aufgelöst. Der Konzern hatte sich in den letzten Jahren stark vergrößert und war einer der größten in Europa.

Sternberg kannte das Verhängnis seiner Firma nicht. Er hatte sich in den letzten Jahren stark vergrößert und war einer der größten in Europa. Der Konzern hatte sich in den letzten Jahren stark vergrößert und war einer der größten in Europa.

Das Verhängnis des Konzerns Sternberg ist nur noch ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Inflationsblüte ist längst vorbei, und die Wirtschaft befindet sich in einer Krise. Die Sternberg-Firma ist nur ein Beispiel für die vielen anderen, die in dieser Krise untergegangen sind.

Die Sternberg-Firma ist nur ein Beispiel für die vielen anderen, die in dieser Krise untergegangen sind. Die Sternberg-Firma ist nur ein Beispiel für die vielen anderen, die in dieser Krise untergegangen sind.

Jahresbericht der Gemeinschaft der Freunde

Rücklagen um 410 000 RM auf 5,3 Mill. RM erhöht Ueber 157,5 Millionen RM zugeflossen

Die Gemeinschaft der Freunde hat im Jahre 1931 einen Gewinn von 410.000 RM erzielt. Die Rücklagen sind auf 5,3 Millionen RM erhöht worden. Ueber 157,5 Millionen RM sind zugeflossen.

Baisse-Infermezzo

Am den deutschen Börsen hat sich seit dem Baisse-Infermezzo eingestellt. Die Kurse sind wieder gefallen, was auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen ist.

Die Kurse sind wieder gefallen, was auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Die Kurse sind wieder gefallen, was auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen ist.

Reichsmarkt etwas leichter

Die Börse in Berlin hat sich heute etwas beruhigt. Die Kurse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Die Börse in Berlin hat sich heute etwas beruhigt. Die Kurse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist. Die Börse in Berlin hat sich heute etwas beruhigt.

Frankfurt weiter zurückgefallen

Die Börse in Frankfurt hat sich heute weiter zurückgefallen. Die Kurse sind wieder gefallen, was auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen ist.

Die Börse in Frankfurt hat sich heute weiter zurückgefallen. Die Kurse sind wieder gefallen, was auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Die Börse in Frankfurt hat sich heute weiter zurückgefallen.

Weinversteigerung

Die Weinversteigerung in Berlin hat sich heute abgehalten. Die Preise für Wein sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Die Preise für Wein sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist. Die Preise für Wein sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Zollertrag bei der Einfuhr von Butter und Käse

Der Zollertrag bei der Einfuhr von Butter und Käse hat sich heute erhöht. Die Zölle sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Die Zölle sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist. Die Zölle sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Frachtmärkte Dulsburg-Ruhrort / 30. Mai

Die Frachtmärkte in Dulsburg-Ruhrort haben sich heute abgehalten. Die Preise für Fracht sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Frachtmärkte Dulsburg-Ruhrort / 30. Mai

Die Frachtmärkte in Dulsburg-Ruhrort haben sich heute abgehalten. Die Preise für Fracht sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Elbekarrell ab 1. Juni?

Die seit Ende vergangenen Jahres geführte Verhandlung über den Elbekarrell ist in der letzten Zeit wieder belebter. Die Verhandlungen sind nun in die Endphase eingetreten, und es ist zu erwarten, dass der Elbekarrell ab dem 1. Juni in Betrieb genommen werden wird.

Die Verhandlungen sind nun in die Endphase eingetreten, und es ist zu erwarten, dass der Elbekarrell ab dem 1. Juni in Betrieb genommen werden wird. Die Verhandlungen sind nun in die Endphase eingetreten.

Wahlkreisreform

Die Wahlkreisreform in Deutschland hat sich heute abgehalten. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Wahlkreisreform

Die Wahlkreisreform in Deutschland hat sich heute abgehalten. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Wahlkreisreform

Die Wahlkreisreform in Deutschland hat sich heute abgehalten. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

Wahlkreisreform

Die Wahlkreisreform in Deutschland hat sich heute abgehalten. Die Ergebnisse sind wieder gestiegen, was auf eine bessere Nachfrage zurückzuführen ist.

